

DATEN | FAKTEN | ARGUMENTE

THEMA DER WOCHE

Richtige Weichen-
stellungen bei
Bürokratieabbau,
Existenzgründung
und Basel III!

Zentrales Innova-
tionsprogramm
Mittelstand (ZIM)
fortführen!

Nacharbeiten beim
Thema Fachkräfte-
sicherung ...

... Unterneh-
mensentlastung ...

Mittelstandsinitiative der Bundesregierung: Richtige Signale, aber Nacharbeiten sind nötig!

„Auf den Mittelstand setzen – Verantwortung stärken, Freiräume erweitern“, so heißt die im Februar 2011 gestartete neue Mittelstandsinitiative der Bundesregierung.

Was ist gut daran, was könnte – aus Sicht der IHK-Organisation – besser sein?

■ Zu Recht betont die Bundesregierung die Notwendigkeit unternehmerischer Freiräume. Beim Bürokratieabbau gilt es, die angekündigten Maßnahmen wie die Vereinfachung der elektronischen Rechnungslegung umzusetzen, um das 25-Prozent-Abbauziel zu erreichen. Zudem ist – über die reinen Informationspflichten hinaus – ein neues Ziel für den gesamten Erfüllungsaufwand, der sich z. B. für behördliche Auflagen im Arbeits-, Steuer- und Umweltrecht ergibt, anzupfeilen.

Bei der stärkeren Verankerung des Themas „Unternehmertum“ im Bildungssystem wird es darum gehen, die Länder stärker einzubinden. Die IHK-Organisation ist bereit, die Praxiserfahrung aus jährlich 360.000 Gesprächen mit Existenzgründern einzubringen. Auch mit der Mahnung zur mittelstandsge- rechten Ausgestaltung der Eigenkapitalrichtlinien Basel III sind richtige Akzente gesetzt.

■ Auch beim Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) ist die richtige Richtung eingeschlagen. Es zeichnet die Mittelstandsinitiative aus, dass nicht neue Förderprogramme, sondern die Straffung und Vereinfachung bestehender Instrumente gefordert werden. In diesem Sinne ist es richtig, das bewährte ZIM auf hohem Niveau und mit vereinfachten Antragsverfahren fortzuführen.

■ Beim Thema Fachkräftesicherung sind indes Nacharbeiten nötig. Nach der Konjunkturumfrage der IHK-Organisation sehen 30 Prozent aller Unternehmen den Fachkräftemangel zu Jahresbeginn 2011 als Risiko für ihre Geschäftstätigkeit, ein nahezu doppelt so hoher Anteil wie ein Jahr zuvor. Mit dem verlängerten Ausbildungspakt, der Anpassung von Ausbildungsordnungen, einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, leichter Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und erleichterter Zuwanderung benennt die Bundesregierung wichtige Maßnahmen – nun müssen aber auch Taten folgen.

■ Auch bei der Unternehmensentlastung ist noch Luft nach oben. Die Bundesregierung will den Mittelstand entlasten, wird aber nicht konkret. Gerade vor dem Hintergrund von Basel III müssen Unternehmen Eigenkapital und Liquidität verbessern – zur Finanzierung von Innovationen, Investitionen sowie für die Aufbau und den Erhalt von Arbeitsplätzen. Eine niedrigere Besteuerung ist auch deshalb erforderlich, weil Basel III und die Regulierungen auf den Kapitalmärkten die Finanzierung gerade für mittelständische Unternehmen mittel- und langfristig erschweren. Der Aufbau von Eigenkapital und Liquidität gewinnt daher an Bedeutung.

... sowie Steuern
und Arbeitsmarkt
nötig!

Fazit der IHK: Viel
Gutes, manches Un-
konkrete!

■ Die Kostenbesteuerung bei der Gewerbesteuer muss beseitigt, die degressive AfA (Absetzung für Abnutzung) wieder eingeführt werden. Zudem sollte der „Mittelstandsbauch“ bei der Einkommensteuer abgeschafft werden. Dass jede Einkommenssteigerung gerade im unteren und mittleren Bereich überproportional belastet wird, ist unsystematisch, leistungsfeindlich und bremst Wachstumskräfte.

Auch zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes hätte sich der Mittelstand ein Signal gewünscht. Wenigstens die im Koalitionsvertrag angekündigte Erleichterung bei der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen – zeitliche Begrenzung des Vorbeschäftigungsverbot – muss schleunigst umgesetzt werden.

■ Unter den 55 Maßnahmen der Mittelstandsinitiative der Bundesregierung sind viele richtige Weichenstellungen beschrieben. Teilweise sind sie aber noch recht unkonkret. Darum müssen den theoretischen Überlegungen nun auch Taten folgen. Nur so kann die Mittelstandsinitiative der Bundesregierung werden, was sie sein soll: ein mittelstandspolitischer Katalysator.

Fragen zum Thema der Woche?

Dr. Philipp Frank, Telefon: 07721 922-441, E-Mail: frank@villingen-schwenningen.ihk.de